

# Frankreich

## „Rente mit 64? Wir sagen nein!“



**„Mit 64 Jahren sind schon 1/4 der Arbeiter tot!“**

Foto: <https://www.cgt.fr/actualites/france/retraite/mobilisation/une-journee-historique-pour-lancer-la-lutte-contre-la-reforme-des-retraites>

### Inhaltsverzeichnis

20.Januar 2023: Das <b>Gewerkschaftsbündnis</b> ruft zur Fortsetzung des Kampfes und zur Rücknahme des Projekts auf.....	5
<b>Nächster Aktionstag und Aufruf zum Generalstreik: 7. März 2023 - Streikkasse.....</b>	6
<b>Attac Frankreich: Renten: Stoppen wir eine ungerechtfertigte und ungerechte Reform!.....</b>	7
Aktionstage: 19. und 31. Januar; 7., 11. und 16. Februar 2023.....	8
Bundesarbeitsgruppe „Europa“ von Attac Deutschland: Solidaritätserklärung.....	9
Attac Frankreich: Einleitung zu der Broschüre „les bobards“ (= die Lügenmärchen).....	10
Attac Frankreich: Analyse "Renten: Weniger arbeiten, um besser zu leben!".....	11
Ein Gewinner der Rentenreform: BlackRock.....	16
<b>Alternatiba:</b> Die drei wichtigsten ökologischen Gründe für eine Mobilisierung gegen die Rentenreform.....	17
<b>Sophie Binet, CGT :</b> "Diese Reform instrumentalisiert die Sache der Frauen".....	18
Attac Frankreich: <b>Die Scheinheiligkeit der RN</b> angesichts der Rentenreform.....	22
<b>ver.di</b> steht an der Seite der französischen Gewerkschaften.....	24
<b>Lebenserwartung</b> in Frankreich.....	25
Weitere Dokumente:.....	26

Zusammengestellt und übersetzt von Marie-Dominique Vernhes/SiG-Red.; **am 7.03.2023 aktualisiert**  
24.3.2023: **Weitere Informationen und Artikel** auf der Seite der [AG Europa](#) von Attac

*In Deutschland und vielen anderen Ländern Europas arbeiten Regierungen seit Jahren daran, soziale Errungenschaften zum Nutzen des Kapitals abzubauen und zum Beispiel die Rentensysteme für die Betroffenen zu verschlechtern oder, besser gesagt, zu ruinieren.*

*Die kapitalgedeckte Altersvorsorge ist ein Vorhaben vom Europäischen Parlament und vom Rat: Paneuropäisches Privates Pensionsprodukt (PEPP), 2019.*

*Der erste Versuch einer Rentenreform in Frankreich scheiterte 2019/20 am Widerstand weiter Teile der Bevölkerung („Sand im Getriebe“ [Nr. 135](#)).*

*Der zweite Versuch wurde vor kurzem gestartet und stößt auf noch größeren Widerstand.*

*Die Reform sieht unter anderem eine Erhöhung des Rentenalters von 62 auf 64 Jahre und eine unterbrechungsfreie Beitragszeit von mindestens 43 Jahren vor. Schon jetzt können viele Menschen wegen fehlender Beitragsjahre erst mit 67 Jahren in Rente gehen. Die angestrebten Veränderungen bedeuten demnach für viele Menschen eine massive Verschlechterung, sie sind „ungerechtfertigt und ungerecht“ (Attac Frankreich).*

*Am 19. und 31. Januar sowie am 7., 11. und 16. Februar 2023 fanden in Frankreich Aktionstage statt, an denen sich verschiedenen Angaben zufolge 1,5 bis 2 Millionen Menschen beteiligten. Nach dem Aktionstag am **7. März 2023 mit einer Beteiligung von ca. 3 Millionen Menschen** werden weitere Aktionstage vorbereitet (8., 9. 11. März und in der darauffolgenden Woche).*

*Alle Gewerkschaften kämpfen geschlossen gegen die Reform und rufen zu Streiks auf, von denen Verkehrsbetriebe, Schulen, Raffinerien und Energiekonzerne betroffen sind. Umfragen zufolge wird die Reform von 70 bis 80 Prozent der Befragten abgelehnt.*

*Auch [Attac Frankreich](#) beteiligt sich an den Protesten.*

*Es wird zu **Spenden** für die Streikkasse gerufen. <https://caisse-solidarite.fr/>  
(Aus Sand im Getriebe [Nr. 149](#))*



<https://www.cgt.fr/actualites/retraite/mobilisation/outils-de-mobilisation-contre-la-reforme-des-retraites>

**Mindestlohn: 15 Euro/Stunde – Arbeits-Woche von 32 Stunden – Rente mit 60 Jahren**



„Mit dieser Reform werden die Kanalarbeiter auf der Arbeit krepieren!  
<https://reporterre.net/Reforme-des-retraites-sept-raisons-ecolos-de-s-y-opposer>



„Baut die AKWs ab, nicht die Renten!“

<https://reporterre.net/Ecologistes-nous-devons-combattre-la-reforme-des-retraites>

## 20. Januar 2023: Das Gewerkschaftsbündnis ruft zur Fortsetzung des Kampfes und zur Rücknahme des Projekts auf



Der Streik- und Demonstrationstag vom 19. Januar 2023 ist so mächtig gewesen wie die großen Kampftage seit Dezember 1995, Mai 2003 und Oktober 2010. Der Aktionstag war stärker als der 4. Dezember 2019 gegen Macrons gescheiterte erste Reform der punktbasierten Rente. Das gesamte Gewerkschaftsbündnis ruft dazu auf, den Kampf fortzusetzen, mit einem nationalen Aktionstag am 31. Januar und weiteren Mobilisierungen in Unternehmen und Branchen, insbesondere am 23. Januar, dem Tag, an dem der Entwurf im Ministerrat vorgestellt wird.

### **Starke Mobilisierung, die zum Rückzug zwingen sollte**

Am 19. Januar haben überall im Land über zwei Millionen Beschäftigte sowie Jugendliche im öffentlichen wie im privaten Sektor gegen die Rentenreform der Regierung gestreikt und/oder demonstriert.

Diese Reform ist inakzeptabel und richtet sich gegen die Interessen der Bevölkerung. Sie täuscht sich nicht, denn noch bevor es auf die Straße ging, hatten bereits mehr als 600.000 Menschen die gewerkschaftsübergreifende Petition unterzeichnet.

Die Beschäftigten streben danach, bei guter Gesundheit und mit einem Rentenniveau, das ein Leben in Würde ermöglicht, in den Ruhestand zu gehen. Die Botschaft ist ganz klar: Die Regierung muss sowohl auf das Renteneintrittsalter 64 als auch auf die beschleunigte Erhöhung der Beitragsdauer verzichten.

Es gibt andere Lösungen, die leider mit einem Handstreich vom Tisch gewischt wurden. Alle Gewerkschaften bekräftigen ihre Ablehnung der Reform und ihre Entschlossenheit, ein ge-

Weitere Presseerklärungen von Gewerkschaften: <https://syndicollectif.fr/suite-au-19-janvier-communiqués-syndicaux/>

**Offener Brief an die Abgeordneten , 14.2.2023:** <https://syndicollectif.fr/lettre-intersyndicale-aux-parlementaires/>

rechtes Rentensystem zu schaffen, das auch durch eine andere Verteilung des Wohlstands finanziert wird.

Um diese erste massive Mobilisierung zu stärken und dauerhaft zu verankern, rufen die Gewerkschaften bereits jetzt zu einem Tag des Streiks und der branchenübergreifenden Demonstration auf.

Die Gewerkschaften rufen die Bevölkerung zu einer massenhaften Unterzeichnung der [Petition](#) auf und zu einer Vervielfachung der Aktionen und Initiativen überall im Land, in den Betrieben und Dienststellen, an den Studienorten, auch durch Streiks, insbesondere um den 23. Januar herum, dem Tag, an dem das Gesetz im Ministerrat vorgestellt werden soll.

Sie rufen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Jugendlichen dazu auf, Vollversammlungen vorzubereiten, um über die Fortsetzung der Mobilisierung zu beraten.

Und während die Regierung die Gewerkschaften dazu aufruft, verantwortungsvoll zu handeln und das Land nicht zu blockieren, bekräftigen wir, dass sie allein für diese Situation verantwortlich ist und sein wird, da neun von zehn Beschäftigten diese ungerechte und brutale Reform ablehnen.

### **Wir sind vereint und entschlossen, die Rücknahme der geplanten Rentenreform zu erreichen.**

Deshalb ruft das Gewerkschaftsbündnis zu einem weiteren **Aktionstag mit branchenübergreifenden Streiks und Demonstrationen am 31. Januar** auf. Das Gewerkschaftsbündnis wird sich am Abend desselben Tages treffen.

<https://syndicollectif.fr/lintersyndicale-appelle-a-continuer-la-lutte-et-au-retrait-du-projet/>

# Nächster Aktionstag und Aufruf zum Generalstreik: 7. März 2023

<https://syndicollectif.fr/lintersyndicale-prete-a-durcir-le-mouvement/>

Aufruf des Gewerkschaftsbündnisses: <https://fsu.fr/ensemble-le-7-mars-mettons-la-france-a-larret/>

# ALTER SUMMIT

## INTERNATIONALER AUFRUF, SICH DEN MOBILISIERUNGEN GEGEN DIE RENTENREFORM IN FRANKREICH ANZUSCHLIESSEN UND SIE ZU UNTERSTÜTZEN

Weitere Fassungen dieses Artikels: [\[English\]](#) [\[Español\]](#) [\[français\]](#) [\[italiano\]](#)

Wir, die französischen Organisationen, die diesen Aufruf unterzeichnet haben, laden die Mitgliedsorganisationen von Alter Summit, insbesondere die Gewerkschaften in den an Frankreich angrenzenden Ländern ein, sich den **für den 7. März landesweit geplanten Demonstrationen anzuschließen**. Demonstrationen und Gewerkschaftsaktionen sind in ganz Frankreich und somit auch in den Grenzstädten von Belgien, Luxemburg, Deutschland, der Schweiz, Italien und Spanien vorgesehen.

Nach mehreren Streiktagen und Demonstrationen am 19. Januar, 31. Januar, 7. Februar, 11. Februar und 16. Februar 2023, an denen sich Millionen von Menschen im ganzen Land beteiligten, stellen sich die Regierung und die rechte Parlamentsmehrheit taub gegenüber den Protesten der Bevölkerung.

Darum haben die acht französischen Gewerkschaftsorganisationen CFDT, CGT, CFE-CGC, CFTC, FO, FSU, SOLIDAIRES und UNSA die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Jugendlichen und die Rentnerinnen und Rentner zu einem sechsten branchenübergreifenden Streiktag und zur Verschärfung der Bewegung aufgerufen, um am 7. März ganz Frankreich stillzulegen und den 8. März, den internationalen Kampftag für die Rechte der Frauen, zum Anlass zu nehmen, die große soziale Ungerechtigkeit dieser Reform gegenüber den Frauen herauszustellen.

Auch wenn es bei den Mobilisierungen um die französische Rentenreform geht, sind sie auch

für den Rest Europas von Bedeutung. Den Präsidenten Macron zu stoppen wäre ein Beispiel und eine Ermutigung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in vielen anderen Ländern in ihren Kämpfen gegen den Neoliberalismus.

Kontaktieren Sie uns, um Ihre Anreise am 7. März 2023 zu organisieren!

CGT, FSU, Solidaires

Webseiten: [AlterSummit](#); [CGT](#); [FSU](#); [Solidaires](#)



<https://caisse-solidarite.fr/>

**Streikkasse**, damit wir die finanzielle Solidarität bis zum 7. März, dem Beginn der wiederkehrenden Streiks und der Blockade der Wirtschaft, effektiv organisieren können.

Die Kasse wird von Gewerkschaftsmitgliedern, Vereinen, u. a. m. getragen. Sie unterstützt die gewerkschaftlich organisierten UND nicht gewerkschaftlich organisierten Streikende.

## Aktionstag am 7. März 2023



In Marseille (Quelle: L'Humanité)



In Nantes (Quelle: Ouest France)



## Die Regierung muss sofort ihre Renten-Pläne zurückziehen!

Paris, den 7. März 2023

Seit dem 19. Januar mobilisiert sich die Bevölkerung massiv gegen die Rentenreform. An den verschiedenen Tagen, zu denen alle Gewerkschafts- und Jugendorganisationen aufgerufen hatten, beteiligten sich Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Jugendlichen und Rentnerinnen und Rentnern.

Angesichts der fehlenden Antwort der Regierung und des Staatspräsidenten rief das Gewerkschaftsbündnis am 16. Februar dazu auf, Frankreich am 7. März zum Stillstand zu bringen. Es ist stark durch die Unterstützung von 3/4 der Bevölkerung und 94 % der Erwerbstätigen, die die Heraufsetzung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 64 Jahre und die Verlängerung der Beitragsdauer ablehnen.

Auch heute haben sich mehr als 3 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen und privaten Sektor, Jugendliche und Rentnerinnen und Rentner durch Streiks und/oder Demonstrationen mobilisiert.

Aufgrund des Ausmaßes der Streiks und Mobilisierungen ist dies ein historischer Tag. Tausende Schulen und Lernorte waren geschlossen, Privatunternehmen, Behörden und Städte standen still. Mehrere hundert Demonstrationen und Aktionen im ganzen Land, um die Rücknahme des Rentengesetzesentwurfs zu fordern.

Bis heute haben diese enormen Mobilisierungen, die von einem geeinten Gewerkschaftsbündnis angeführt wurden, keine Antwort von der Regierung erhalten. Dies kann nicht so weitergehen. Das Schweigen des Präsidenten der Republik stellt ein schwerwiegendes demokratisches Problem dar, das unweigerlich zu einer Situation führt, die explosiv werden könnte. Von seiner Verantwortung bewusst wird das Gewerkschaftsbündnis ein Schreiben an ihn richten, in dem es ihn um einen dringenden Gesprächstermin bittet, damit er seine Reform zurückzieht.

Angesichts dieser heute zum Ausdruck gebrachten Entschlossenheit unterstützt und ermutigt das Gewerkschaftsbündnis alle Berufsgruppen, die Bewegung fortzusetzen und auszuweiten.

Das Gewerkschaftsbündnis ruft dazu auf, den 8. März zum Anlass zu nehmen, um auf die besondere Verschlechterung der Situation von Frauen durch dieses Reformprojekt hinzuweisen. Das Gewerkschaftsbündnis unterstützt den spezifischen Aufruf der Jugendorganisationen zur Mobilisierung am Donnerstag, den 9. März, und ruft dazu auf, sich den Versammlungen und Demonstrationen, insbesondere in Paris auf dem Place de la République, anzuschließen.

Das Gewerkschaftsbündnis ruft zu einer weiteren branchenübergreifenden Mobilisierung am Samstag, den 11. März, und schon nächste Woche zu einem Tag der Demonstrationen und Streiks am Tag der Sitzung des Gemischten Paritätischen Ausschusses auf, einem wichtigen Moment im parlamentarischen Kalender. Sie ruft die gesamte Bevölkerung dazu auf, die Mobilisierung und die Aktionen noch massiver fortzusetzen, um Nein zu dieser ungerechten und brutalen Reform zu sagen.

<https://solidaires.org/sinformer-et-agir/actualites-et-mobilisations/communiqués/le-gouvernement-doit-des-maintenant-retirer-son-projet/>

## Attac Frankreich

# Renten: Stoppen wir eine ungerechtfertigte und ungerechte Reform!

Die Regierung will die Verschiebung des gesetzlichen Rentenalters von 62 auf 64 Jahre mit einer Verlängerung der Beitragszeit auf 43 Jahre in einem beschleunigten Rhythmus von drei Monaten pro Jahr durchsetzen, unter dem Vorwand, dass das Rentensystem in Zukunft aus dem Gleichgewicht geraten wird und dass wir länger leben.

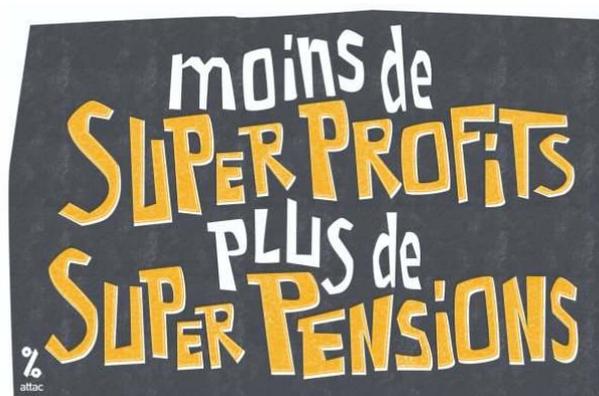
**Diese Reform ist ungerechtfertigt**, da es keinen finanziellen Notstand gibt und das Rentensystem nicht in Gefahr ist, wie der Bericht des Conseil d'Orientation des Retraites (COR) deutlich zeigt. Außerdem hat sich die Zeit im Ruhestand, auch wenn man etwas länger lebt, durch die Auswirkungen früherer Renten-„Reformen“ bereits um ein Jahr verkürzt.

**Diese Reform ist ungerecht**, denn sie wird die unteren Bevölkerungsschichten, die eine geringere Lebenserwartung haben, früher zu arbeiten begonnen haben und Berufe mit nicht anerkannter Härte ausüben, mit voller Wucht treffen. Sie wird die Zeit der Prekarität für viele ältere Menschen, die Schwierigkeiten haben, vor ihrer Pensionierung eine neue Arbeit zu finden verlängern und die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern verstärken. Sie wird zu einer weiteren Senkung der Renten führen.

[https://france.attac.org/IMG/pdf/tract\\_retraite\\_01\\_23\\_03.pdf](https://france.attac.org/IMG/pdf/tract_retraite_01_23_03.pdf)

**Diese Reform ist undemokratisch**, da Macron kein Mandat hat, sie durchzusetzen, denn während seiner Präsidentschaftskampagne 2022 waren drei Viertel der Franzosen (77 Prozent) der Meinung, dass die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 65 Jahre aus seinem Programm gestrichen werden sollte ... und Anfang Januar 2023 waren 80 Prozent gegen die Rente mit 64 Jahren. Diese Reform ist eine Entscheidung für Ungerechtigkeit und sozialen Rückschritt, da es keine finanzielle Notwendigkeit dazu gibt. In Wirklichkeit wird bei den Renten gespart, um die Finanzierungslücke zu schließen, die durch die Steuergeschenke an die Reichsten entstanden ist!

**Die Stärkung unseres Rentensystems setzt fortschrittliche Maßnahmen voraus:** Erhöhung der Löhne, die durch die Inflation unter Druck geraten, kürzere Arbeitszeiten, eine höhere Beschäftigungsquote von Frauen, eine bessere Berücksichtigung von Härtefällen und eine schrittweise Erhöhung der Beiträge. Gemeinsam unterstützen wir ein anderes gesellschaftliches Projekt, das für Emanzipation, Gerechtigkeit und Solidarität steht: Lasst uns alle kürzer arbeiten, um besser zu leben!



„Weniger Profite, mehr Superrenten“

Weitere Artikel: <https://france.attac.org/se-mobiliser/retraites-pour-le-droit-a-une-retraite-digne-et-heureuse/>

# Aktionstage: 19. und 31. Januar; 7., 11. und 16. Februar 2023

Video über den Aktionstag am 19.1.23 ([Labournet](#))

Seite von [Attac Frankreich](#); Berichte von [reporterre](#), auch [hier](#) und [hier](#); Berichte von [Bastamag](#)

Aktionstag am 31. Januar 2023 : [Karte](#) von Attac Frankreich ; [Karte der Mobilisierungen am 7. Februar](#)



Fotos und kurze Berichte: [attac Frankreich 19.1.2023](#)

**Attac Deutschland** solidarisch mit dem Widerstand gegen Rentenpläne der französischen Regierung –  
[News 1.2.2023](#)

**„Wenn du uns 64 (Jahre) verordnest,  
dann wiederholen wir (Mai) 68“**

*(Bitte laut lesen ;) , denn zu den Protesten in  
Frankreich gehören immer wieder Wortspiele.)*



# Bundesarbeitsgruppe „Europa“ von Attac Deutschland

## 29. Januar 2023 – Solidaritätserklärung

an Gewerkschaften und Attac Frankreich

An die Menschen in Frankreich, die gegen die beabsichtigte Verschlechterung der Renten protestieren:

Wir drücken unsere Solidarität mit euch aus!

Die französische Regierung will die Verschiebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters von 62 auf 64 Jahre und eine Verlängerung der Beitragszeit auf 43 Jahre in einem beschleunigten Rhythmus von 3 Monaten pro Jahr durchsetzen, unter dem Vorwand, dass das Rentensystem in Zukunft aus dem Gleichgewicht geraten würde und dass die Menschen länger leben...

Diese vorgeschobenen Gründe sind von Attac Frankreich und vielen anderen Gruppen / Gewerkschaften überzeugend widerlegt worden.

Wir stimmen ihnen zu:

Es ist **EINE UNGERECHTFERTIGTE UND UNGERECHTE REFORM!**

In Frankreich, auch in Deutschland und vielen anderen Ländern, stehen wir bezüglich der Renten vor einer Weggabelung:

- Einführung einer Aktienrente

oder

Stärkung der umlagefinanzierten Rente

- Verschlechterung der finanziellen Situation der Rentner:innen, Erhöhung des Renteneintrittsalters

oder

ein gerechtes Rentensystem, das auch durch eine andere Verteilung des Wohlstands finanziert wird, also u.a. durch höhere Löhne und eine stärkere Besteuerung des sehr wohlhabenden obersten Prozents der Bevölkerung

- Verlängerung der Arbeitszeit auf Kosten der Gesundheit durch eine Erhöhung des Renteneintrittsalters; Verkürzung der Rentenzeit bei guter Gesundheit

oder

kürzere Vollzeitarbeit für alle, was insbesondere die Lage der Frauen verbessern würde.

**Wir unterstützen die Streiks durch Informationen in unserer Stadt und Spenden an ihre Streikkasse.**

**Wir rufen alle Menschen in Deutschland dazu auf, sich ebenfalls solidarisch zu zeigen.**

[Solidaritätsadresse](#) der BAG Europa (Attac Deutschland)

<https://www.attac-netzwerk.de/arbeitsgruppen/p-g-europa/startseite>



„Zerbrechlich! Rentenleben in einem Pappkarton -- Diebe mit einer Vuitton-Tasche“  
(Vuitton ist die weltweite führende Gruppe von Luxusartikeln) - Quelle: [Luttes invisibles](#)

## Attac Frankreich: Einleitung zu der Broschüre „les bobards“ (= die Lügenmärchen)

Ambroise Croizat, einer der Hauptakteure beim Aufbau des Systems der sozialen Sicherheit ab 1945, sagte bei der Libération: "Der Ruhestand darf nicht mehr das Vorzimmer des Todes sein, sondern eine neue Etappe des Lebens". Was uns Emmanuel Macron mit seiner neuen Rentenreform vorschlägt, ist, immer länger zu arbeiten, indem das gesetzliche Rentenalter angehoben wird (65 Jahre oder 64 Jahre mit einer beschleunigten Verlängerung der Beitragsjahre für eine abschlagsfreie Altersrente).

Der "neue Lebensabschnitt" rückt immer weiter in die Ferne, obwohl eine gerechtere Verteilung des Wohlstands es ermöglichen würde, die Löhne zu erhöhen, Arbeitsplätze zu schaffen und so ein Beitragsvolumen zu erzielen, das zum Gleichgewicht im Rentensystem beiträgt. Das Renteneintrittsalter zu erhöhen ist so nicht mehr notwendig!

Im Gegensatz zu dem mit den Reformen seit Ende der 1980er Jahre verkündeten Ziel, das Rentensystem finanziell im Gleichgewicht zu halten, sprengte die Reform, die Präsident Macron 2019 durchsetzen wollte, die Architektur des Systems (Berechnung der Renten nach den Jahresbeiträgen in den Grundsystemen, Pluralität der Rentensysteme, starke Verringerung der Solidarität usw.), indem sie auf eine universelle Rente nach Punkten umgestellt werden sollte.

Während seiner Kampagne 2017 sagte Emmanuel Macron "das Rentenproblem ist kein Finanzierungsproblem mehr", und zur Rechtfertigung der Reform wurden also die Argumente der Gerechtigkeit und der Transparenz vorgebracht. Der starke Widerstand gegen die daraus resultierenden Rentenkürzungen sowie die Corona-Pandemie haben dieser Reform den Garaus gemacht.

Im Jahr 2022 ist von Gerechtigkeit nicht mehr die Rede, um die geplante Anhebung des gesetzlichen Rentenalters zu rechtfertigen. Mehrere Argumente wurden abwechselnd von Emmanuel Macron und seiner Regierung vorgebracht. Zunächst wurde das Gespenst der finanziellen Gefährdung des Rentensystems benannt.

Zweitens wurde die Reform mit den Einsparungen gerechtfertigt, die zur Finanzierung anderer Projekte (Bildung, Gesundheit, Energiewende) oder zur Verbesserung der Renten, insbesondere der kleinen Renten, verwendet werden können.

Schließlich wurde das Argument "Wir haben nicht mehr die Mittel, um das Rentendefizit zu finanzieren" immer wieder hervorgeholt.

Die Weigerung der Regierung, die Beiträge oder Steuern zu erhöhen, zeigt deutlich, dass das Ziel der Reform nicht ein ausgeglichenes Rentensystem ist, sondern die Senkung der Renten und damit der Staatsausgaben.

Um die bittere Pille der Heraufsetzung des gesetzlichen Rentenalters und/oder der beschleunigten Verlängerung der Beitragsdauer für eine Vollrente zu versüßen, wird eine bessere Berücksichtigung von Härtefällen und langen Erwerbstätigkeitszeiten sowie eine Geste zugunsten von Kleinrenten angekündigt, mit der die Mindestrente auf 1100 € für eine vollständige Erwerbstätigkeitszeit angehoben werden soll. Die Indexierung der Renten an die Inflation soll ebenfalls wieder aufgenommen werden.

Das Arbeitsgesetz Macron von 2017 schloss jedoch die Berücksichtigung von vier wichtigen Härtefaktoren (manuelle Handhabung von Lasten, anstrengende Körperhaltungen, mechanische Vibrationen und gefährliche chemische Arbeitsstoffe) aus. In Bezug auf Personen mit langen Erwerbstätigkeitszeit scheint es, dass das Renteneintrittsalter ebenfalls zurückgehen würde.

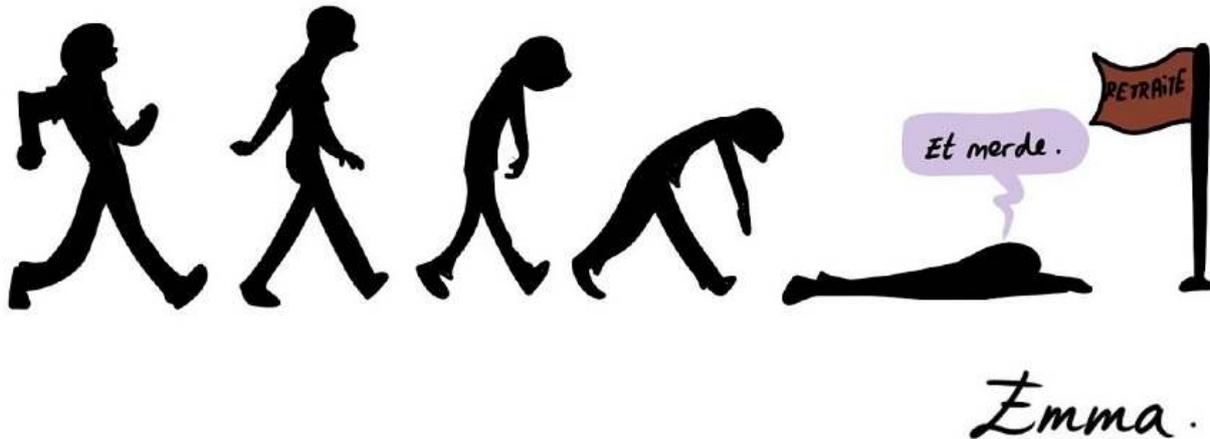
Was das Versprechen von 1100 € betrifft, so liegt es unter dem im Gesetz von 2003 für 2008 festgelegten Ziel einer Mindestrente von 85 Prozent des SMIC-Nettoeinkommens (bei vollständiger Erwerbstätigkeitszeit), d. h. 1129,7 € im Jahr 2022! Minister Dussopt muss dies bemerkt haben, denn er spricht nun davon, "über 1100 € hinauszugehen"! Darüber hinaus betrifft diese Ankündigung weder die derzeitigen Rentnerinnen und Rentner noch die kleinsten Renten, die aus unvollständigen Erwerbstätigkeitszeiten resultieren und zu denen in erster Linie Frauen gehören.

Was ist das Versprechen wert, die Renten wieder an die Inflation anzupassen, wenn die Rentenerhöhung im Juli 2022 unter der Preissteigerung liegt? Diese Versprechungen sind daher irreführend. Darüber hinaus ist die Abschaffung der Sonderregelungen immer noch im Visier.

*Da 70 Prozent der Franzosen gegen die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters sind, versuchen Macron und seine Regierung, die Reform mit Lügengeschichten durchzusetzen.*

# Attac Frankreich

## Analyse "Renten: Weniger arbeiten, um besser zu leben!"



Montag, 21. November 2022

### Einleitung

Die Verschiebung des Renteneintritts auf 64 oder 65 Jahre wäre ein großer Rückschritt für unsere Rechte. Um alles über die Gefahren der von der Regierung angekündigten Rentenreform und mögliche Alternativen zu verstehen, veröffentlicht Attac eine 4-seitige Analyse "Renten: Weniger lange arbeiten, um besser zu leben!"

Das 1945 geschaffene umlagefinanzierte Rentensystem war ein großer sozialer Fortschritt, da es die Solidarität zwischen den Generationen bekräftigte und es den Menschen nach ihrem Berufsleben ermöglichte, schrittweise aus der Armut herauszukommen. Im Vergleich zu anderen Ländern bietet unser System mehr Schutz, da es den Rentnern im Durchschnitt einen Lebensstandard sichert, der dem der erwerbstätigen Bevölkerung entspricht.

Aber seit Jahren arbeiten die aufeinanderfolgenden Regierungen akribisch daran, unser Rentensystem zu zerschlagen: Rentenkürzungen, Abbau der umlagefinanzierten Alterssicherung und Förderung privater Alternativen, d. h. des kapitalgedeckten Systems. Um dies zu erreichen, spielen sie die Karte der Dramatisierung des Defizits im Tonfall der angekündigten Katastrophe. No alternative! Man müsste die Renten senken... um sie zu retten!

Die Defizite bedrohen jedoch keineswegs den Fortbestand des Systems, und sie sind auch nicht auf eine Ausgabenerhöhung zurückzuführen (Teil 1).

Heute versucht die Regierung von Emmanuel Macron, die finanzielle Notlage zu instrumentalisieren, um eine ungerechte Entscheidung zu rechtfertigen: die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 65 Jahre (Teil 2).

Eine solche Maßnahme würde zu den Wirkungen früherer Reformen, die das Rentensystem verschlechtert haben, noch hinzukommen (Teil 3).

Es gibt jedoch andere Optionen, um gerechte und nachhaltige Renten zu gewährleisten! (Teil 4)

### Die falschen Begründungen für das Reformvorhaben der Regierung

Die finanzielle Notlage ist das erste Schockargument von Emmanuel Macron, um seine Rentenreform durchzusetzen. Um das finanziell unausgeglichene umlagefinanzierte System zu retten, müsse das gesetzliche Rentenalter bis 2031 auf 65 Jahre (vier Monate pro Jahr ab 2023) oder sogar auf 64 Jahre mit beschleunigter Verlängerung der Beitragsdauer angehoben werden. (1)

Dieses Argument wird durch den Bericht 2022 des hochhoffiziellen Conseil d'Orientation des Retraités

(COR) widerlegt: Der Anteil der Rentenausgaben am BIP wäre nicht nur bis 2070 stabil oder rückläufig, sondern der Saldo des Rentensystems würde bis 2032 ein minimales Defizit aufweisen (0,5 bis 0,8 BIP-Punkte). Zumal die Gesamtreserven des Rentensystems in der Lage sind, diesen konjunkturellen Finanzierungsbedarf zu decken: Sie belaufen sich auf 8,3 Prozent des BIP. Es besteht also kein finanzieller Notstand!

Die Regierung erklärt außerdem, dass das Ziel der Rentenreform darin besteht, andere Investitionen (Bildung, Gesundheit, Klima...) zu finanzieren. Die einzige Lösung, um Haushaltsmittel freizusetzen, wäre demnach, länger zu arbeiten. Die Einsparungen würden sich bis 2027 auf etwa 9 Mrd. € belaufen (2032 auf fast 20 Mrd. €).

Diese Aussagen sind irreführend: Sie vermischen die Finanzierung des Sozialschutzes, die durch Beiträge gewährleistet wird, mit der Finanzierung der öffentlichen Politik, die durch Steuern gewährleistet wird. Die Übernahme der Zukunftsausgaben kann nicht durch Kürzungen im Sozialschutz erfolgen, sondern indem die Reichsten und Krisengewinnler zur Kasse gebeten werden (Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung der Flat Tax, Besteuerung von Superprofiteuren, Bekämpfung der Steuerflucht usw.) und indem die Steuerprogression verstärkt wird.

Die Anhebung des Rentenalters auf 65 Jahre wird außerdem zu weiteren Sozialausgaben führen (Arbeitslosengeld, Invaliditäts- oder Krankengeld, soziale Mindestsicherung), wodurch die durch die Reform erzielten "Einsparungen" geschmälert werden. Der magere Haushaltsspielraum, der dadurch frei wird, wird nicht einmal zur Finanzierung von Großprojekten ausreichen!

Was die von der Regierung angeführte Idee betrifft, Mittel freizusetzen, um die Mindestrente von 1200 € bei einer vollständigen Beitragszahlung zu finanzieren und die Benachteiligung besser zu berücksichtigen, so ist auch diese Idee irreführend. Bereits im Rentengesetz von 2003 wurde in Artikel 4 das Ziel festgelegt, bis 2008 eine Mindestrente in Höhe von 85 Prozent des Mindestlohns (SMIC) (bei voller Berufslaufbahn) zu gewährleisten; dies entspricht 1129,7 € im Jahr 2022. Da dieses Ziel nie erreicht

wurde, was ist das Versprechen von 1100 € wert, das unter dem 2003 festgelegten Ziel liegt?

Darüber hinaus wird diese Ankündigung weder die derzeitigen Rentnerinnen und Rentner noch die "kleinen Renten", d. h. die kleinsten unter ihnen, betreffen. Diese sind das Produkt unvollständiger Beitragsjahre und betreffen hauptsächlich Frauen. Im Zusammenhang mit dem Thema Benachteiligung sei daran erinnert, dass das Macron-Arbeitsgesetz von 2017 die Berücksichtigung von vier wichtigen Benachteiligungsfaktoren (manuelle Handhabung von Lasten, anstrengende Körperhaltungen, mechanische Vibrationen und gefährliche chemische Arbeitsstoffe) ausgeschlossen hat.

Diese Scheinbegründungen verschleiern die politischen Zielsetzungen der Reform: Senkung der öffentlichen Ausgaben, um die Europäische Kommission zu beruhigen, und Ausbau der kapitalgedeckten Zusatzrenten für die Haushalte, die es sich leisten können, durch starke Rentenkürzungen.

### **Die Rente mit 65 ist ein Rückschritt**

"Da man länger lebt, muss man länger arbeiten", wiederholt Emmanuel Macron, um das Renteneintrittsalter zu erhöhen. Sein Argument ist jedoch unbegründet und ungerecht.

Ungerecht, weil die Rente mit 65 die unteren Bevölkerungsschichten besonders hart trifft: Die Lebenserwartung der ärmsten 5 Prozent liegt bei Männern 13 Jahre und bei Frauen 8 Jahre unter der der wohlhabendsten 5 Prozent. Und mit 65 Jahren sind 23 Prozent der Ärmsten bereits gestorben (Männer: 30 Prozent), während es bei den Reichsten nur 5 Prozent sind.

Ältere Menschen werden dazu angehalten, "mehr zu arbeiten", während die Unternehmen sich ihrer entledigen. Die Reform wird die Zeit der Prekarität verlängern, da viele Senioren in der Zeit zwischen dem Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt und der Rente bereits zwischen Arbeitslosigkeit und Nichterwerbstätigkeit wechseln. So waren 32 Prozent der 1950 Geborenen im Jahr vor ihrer Pensionierung nicht mehr erwerbstätig. Es besteht die Gefahr, dass ältere Menschen länger und häufiger arbeitslos sind, während die Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitslose, Jugendliche und Frauen eingeschränkt werden.

Außerdem lebt man im Ruhestand nicht länger: Die Lebenserwartung im Ruhestand ist bereits zwischen der Generation 1950 und der 1953 infolge früherer Reformen um ein Jahr gesunken (von 25,8 auf 24,8 Jahre). Die Gewinne bei der Lebenserwartung im Alter von 60 Jahren verlangsamten sich mit einem Anstieg seit 2014 von nur 0,2 Jahren pro Jahrzehnt für Frauen und 0,6 Jahren für Männer gegenüber 1,5 bis 2 Jahren pro Jahrzehnt davor. Diese Gewinne sollten zwischen der Verlängerung des Arbeitslebens und der Verlängerung des Ruhestands aufgeteilt werden.

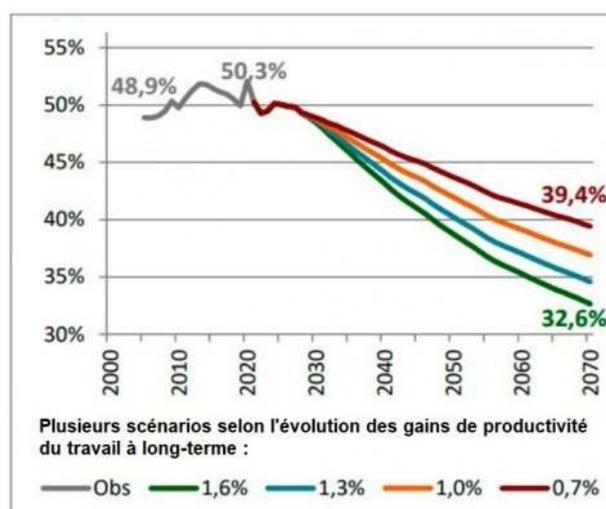
Die sinkende Dauer der Erwerbstätigkeitszeiten ist ebenfalls eine beunruhigende Feststellung (40,5 Jahre für die Generation 1955; für die Generation 2000 werden es schätzungsweise 38 Jahre). Das gesetzte Ziel einer Vollrente rückt mit der Verlängerung der Beitragszeit in weite Ferne (41,5 Jahre für die Generation 1955; 43 Jahre für die Generation 1973). Die Renten werden noch stärker sinken (anteiliger Anteil der Arbeitsjahre, Abschläge). Und die Verarmung der Rentnerinnen und Rentner wird sich beschleunigen.

Die Argumente der Regierung sind alles andere als überzeugend: Immer mehr zu arbeiten ist eine gesellschaftliche Entscheidung, die 70 Prozent der Franzosen nicht teilen, wie eine Umfrage des Instituts Elabe im September ergab.

## Die Ablehnung der Reform bedeutet nicht, das derzeitige System beizubehalten.

Das Regierungsprojekt abzulehnen bedeutet nicht, den Status quo zu verteidigen: Seit 1993 haben die aufeinanderfolgenden Reformen das System ständig verschlechtert und den relativen Lebensstandard der Rentner langfristig auf das Niveau der 80er Jahre gebracht.

In Anbetracht der bereits eingeleiteten Reformen wird der relative Lebensstandard der Rentnerinnen und Rentner in den nächsten Jahrzehnten im Durchschnitt stark sinken. Ebenso wie der Berechnungsfaktor und die Renten relativ zu den Erwerbseinkommen. Die durchschnittlichen Renten sind sogar schon seit 2015 aufgrund von Aufwertungen unterhalb der Inflationsrate gesunken. Die folgende Grafik ist selbsterklärend:



Pension moyenne de l'ensemble des retraités, relative au revenu d'activité moyen (en % du revenu d'activité moyen brut).

Sources : projections COR, comptes nationaux de l'INSEE-Septembre 2022 et DREES, modèle ANCETRE 2020

Zwischen 2018 und 2019 war die Armut für Rentnerinnen und Rentner bereits um 0,8 Punkte gestiegen. Dieser Anstieg wird vor allem durch den Anstieg der Armutsquote alleinstehender Personen ab 65 Jahren getragen, die zwischen 2018 und 2019 von 14,3 Prozent auf 15,9 Prozent gestiegen ist und bei Frauen sogar 16,5 Prozent erreicht. Jede/r zehnte Rentner/in hat einen Lebensstandard unterhalb der Armutsgrenze.

Außerdem werden die erheblichen Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern nur zu langsam abgebaut: 2020 beträgt die durchschnittliche eigene Rente (d. h. ohne Witwenrente) aller Rentnerinnen nur 59,8 Prozent der Rente der Männer. Ein Grund dafür ist, dass Frauen häufiger Teilzeit arbeiten als Männer: Bei der Berechnung der Rente werden kurze Erwerbstätigkeitszeiten und Teilzeitzeiten stärker bestraft. Aber selbst wenn man nur die vollständigen Erwerbstätigkeitszeiten berücksichtigt, beträgt die Rente der Frauen nur 73,5 Prozent der Rente der Männer.

Generell ist die Verarmung der Rentner und zukünftigen Rentner auf eine politische Entscheidung zurückzuführen: die Deckelung des Anteils der Rentenausgaben auf etwa 14 Prozent des BIP, was auf eine besenene Zielsetzung der Senkung der Staatsausgaben zurückzuführen ist.

Während der Anteil der Rentnerinnen und Rentner an der Bevölkerung wächst, bedeutet die Weigerung, den Anteil des erwirtschafteten Reichtums, der ihnen

zusteht, zu erhöhen, ihre Verarmung zu programmieren. Das nehmen die Projektionen vorweg und es muss revidiert werden.

## Verbesserung des Rentensystems

Um die Verarmung der Rentnerinnen und Rentner zu bekämpfen und das derzeitige umlagefinanzierte Rentensystem gerechter zu gestalten, sind andere Ausrichtungen möglich. Dazu gehören in erster Linie Maßnahmen, die den sozialen Fortschritt für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fördern:

Um das Beitragsvolumen für die Rentenkassen zu erhöhen, müssen dringend die durch die Inflation geschädigten Löhne und Gehälter angehoben werden und nicht die Verteilung von Prämien ohne damit verbundene soziale Rechte, die Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern muss hergestellt werden und die von Frauen dominierten Berufe müssen aufgewertet werden. Dies ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, da sich die Aufteilung der Wertschöpfung zwischen Löhnen und Profiten seit den 1980er Jahren zugunsten der Profite verzerrt hat. Diese Tendenz umzukehren würde es ermöglichen, das umlagefinanzierte Rentensystem besser zu erhalten.

Es stellt sich die Frage nach einer Verkürzung der Arbeitszeit und einer Rückkehr zum Rentenalter mit 60, um weniger und besser zu arbeiten, damit alle arbeiten können. Der Klimawandel und die Schädigungen des Planeten machen es in der Tat erforderlich, die Art und den Umfang der Produktion zu überdenken. Die Verkürzung der Arbeitszeit war lange Zeit ein Kennzeichen des sozialen Fortschritts. Sie würde eine Aufteilung der häuslichen und elterlichen Pflichten innerhalb eines Paares ermöglichen, damit Frauen eine gleichberechtigte Karriere verfolgen können. Fortschritt bedeutet auch, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer neue Rechte erhalten, um an der Festlegung und Neuausrichtung der Produktion und an der Verbesserung der Arbeitsbedingungen mitzuwirken.

Eine stärkere Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben würde Ressourcen für das Rentensystem freisetzen. Es gibt viel Spielraum für Verbesserungen: Frankreich steht bei der Beschäftigungsquote von Frauen an 20. Stelle von 38 OECD-Ländern. Um

Frauen nach einer Geburt im Beruf zu halten, müssen erschweringliche Kinderbetreuungsmöglichkeiten ausgebaut, die Aufteilung des Elternurlaubs zur Pflicht gemacht und der Vaterschaftsurlaub verlängert werden.

Ein gerechteres Rentensystem setzt auch Änderungen bei der Rentenberechnung und den Beiträgen voraus:

Es ist an der Zeit, den Hebel der Erhöhung der Rentenbeiträge zu aktivieren, um das Rentensystem auszugleichen. Für die nächsten 25 Jahre würde eine Erhöhung des Beitragssatzes zwischen 0,2 Prozentpunkten und 1,7 Prozentpunkten ausreichen. Sie könnte größtenteils von den Arbeitgebern übernommen werden und Teil einer Lohnerhöhung sein. Ein weiterer Ansatzpunkt ist die Ausweitung der Beitragsbemessungsgrundlage auf ausgeschüttete Gewinne.

Um den Anstieg der Armut unter Rentnerinnen und Rentnern einzudämmen, muss bei der Berechnung der Renten der Schwerpunkt auf die unterschiedlichen Situationen gelegt werden, indem lange Erwerbstätigkeitszeiten, Härtefälle, Teilzeitarbeit und Studienjahre besser berücksichtigt werden. Die Renten sollten außerdem an den höheren Wert zwischen Inflation und Durchschnittslohn gekoppelt werden.

## Schlussfolgerung

Die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters ist keine wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern eine politische Entscheidung der Regierung: die Entscheidung für Ungerechtigkeit! Eine Verbesserung des Rentensystems ist nicht nur wünschenswert, sondern auch finanziell möglich. Dies setzt eine gerechtere Verteilung des Wohlstands voraus. Es ist eine gesellschaftliche Entscheidung: Ein öffentliches Rentensystem zu stärken, bedeutet, dem Imperativ der Rentabilität und des Individualismus den Imperativ der Emanzipation, der Gerechtigkeit und der Solidarität entgegenzusetzen!

Machen wir mobil gegen die Macron-Rentenreform!

<https://france.attac.org/nos-publications/notes-et-rapports/article/retraites-travailler-moins-longtemps-pour-vivre-mieux-4-pages-d-attac>

(1) *Anm. d. Üb.: inzwischen sieht die Reform eine Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 64 Jahre, die Grundzüge der Reform sind jedoch unverändert geblieben*



„Bernard (Arnault), zahl deine Beiträge!“

Bernard Arnault ist der reichste Mensch der Welt. [dw](#)



„Systemrelevant – Amputierte Renten“

# Ein Gewinner der Rentenreform: BlackRock

(in „Sand im Getriebe Nr. 135“ erschienen, 19.1.2020)

[...] Wie das Investigativmagazin Médiapart [Anfang Dezember 2019 zeigte](#): Die „Ratschläge an die Regierung“ von Blackrock (hier [offiziell einsehbar](#)) werden in Gesetzen und Rentenreform umgesetzt. ([Kontrast.at](#))



Aktionen von Attac FR gegen den Fonds [BlackRock](#) – [Fotos](#) von [attac FR](#) (2020)  
Streikende Eisenbahngewerkschafter haben die Eingangshalle des BlackRock-Sitzes in Paris besetzt (7.1.20). [video](#).

## Attac Frankreich

### Der Entwurf zu einem Rentengesetz fördert das Sparen für die Rente und die kapitalgedeckte Rente

Freitag, 10. Januar 2020

Der Text des Gesetzes zur Einrichtung eines universellen Rentensystems wurde heute Morgen von einer Reihe von Gewerkschaften und Organisationen, die Zugang zu diesem Text hatten, veröffentlicht.

In dieser Fassung des Gesetzes heißt es in Titel 5 Kapitel 2 Abschnitt 64 ausdrücklich, dass die Regierung die Versicherungswirtschaft aufruft, darauf hinzuwirken, dass alle Menschen für ihre Altersvorsorge privat sparen.

*"Der Versicherungssektor ist aufgerufen, sich dafür einzusetzen, dass die Nutzung dieser Mittel [die es heute ermöglichen, alle Arten von Rentensparplänen zu versichern] weit verbreitet wird und damit die französische Wirtschaft von der durch das PACTE-Gesetz erzeugten Dynamik des Rentensparens voll profitieren kann. »*

## Attac Deutschland

### BlackRock empfahl Macron die Quasi-Pflicht zur privaten Altersvorsorge

Die Umsetzung von Macrons Plänen würde die gesetzliche Rentenversicherung massiv schwächen und den Markt für kapitalgedeckte Renten vergrößern. Einer der Profiteure dieser als Rentenreform bezeichneten Umverteilung von öffentlichem zu privatem Vermögen wäre ausgerechnet BlackRock, die weltgrößte Vermögensverwaltungsgesellschaft.

Im Juni 2019 veröffentlichte BlackRock ein 16-seitiges Dokument mit dem Titel "Loi Pacte: Le bon plan Retraite", in dem das Unternehmen 14 "Empfehlungen" an die französische Regierung abgibt. BlackRock empfiehlt insbesondere die Einführung einer Quasi-Pflicht zur privaten Altersvorsorge in Unternehmen über die Grund- und Zusatzsysteme hinaus. "Warum ein solches Dokument schreiben, wenn nicht, um die Politik der französischen Regierung zu beeinflussen, also um Lobbyarbeit zu betreiben?", fragt Attac Frankreich zu Recht. - [mehr](#)

### VERORDNUNG (EU) 2019/1238 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 20. Juni 2019 über ein Paneuropäisches Privates Pensionsprodukt (PEPP)

Text hier: [eur-lex.europa.eu](http://eur-lex.europa.eu)

Soziale Säule der EU? - vgl. Beiträge von Mitgliedern des wissenschaftlichen Beirats von Attac DE:

Werner Rügemer in SiG [126](#) S. 15 ff: „EU - Grenzlose Arbeitsflexibilität“;

Anne Karras (VerDi) „Troika für alle“?

„EU-Kommission schlägt erneut finanzielle Belohnungen für Sozialabbau vor“ (SiG [127](#) Seite 17)

# Alternatiba

## Die drei wichtigsten ökologischen Gründe für eine Mobilisierung gegen die Rentenreform

Die von der Regierung vorgelegte Rentenreform verstärkt nicht nur die Zunahme sozialer Ungleichheiten, sondern ist auch ein klimaschädliches Projekt und steht im Widerspruch zum Gang der Geschichte. Wir fordern ihre Rücknahme und rufen dazu auf, sich massiv der allgemeinen Mobilisierung am Donnerstag, den 19. Januar 2023, und allen folgenden Tagen anzuschließen!

Hier sind die drei wichtigsten ökologischen Gründe, warum Sie mit uns auf die Straße gehen sollten!

### 1. Diese Reform folgt einer produktivistischen Logik, die uns in eine Sackgasse führt

Die Erhöhung der Arbeitszeit, die diese Reform erzwingt, wird automatisch zu einer Steigerung der Produktion führen. Mehr zu produzieren bedeutet, die natürlichen Ressourcen und die Ökosysteme im Allgemeinen noch stärker auszubeuten, und das widerspricht dem, was die Wissenschaftler des IPCC empfehlen!

Vor dem Hintergrund der Klimakrise ist es absolut dringend und notwendig, eine globale Verkürzung der Arbeitszeit zu fördern und unser Verhältnis zur Arbeit generell zu überdenken. [<https://et-si.alternatiba.eu/travailler/>]

### 2. Diese Reform schwächt arme Bevölkerungsgruppen noch mehr

Eine Verlängerung der Arbeitszeit durch eine Erhöhung des Renteneintrittsalters bedeutet eine Verkürzung der Lebenszeit bei guter Gesundheit. Mit 65 Jahren sind 23 Prozent der Ärmsten bereits tot! [[64anscestnon](#)]

Und im Gegensatz zu dem, was uns die Regierung glauben machen will, besteht auch die Gefahr, dass diese Reform zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit für Menschen am Ende ihres Berufslebens führt und sie für weitere Jahre in eine Abwärtsspirale des verzweifelten Wartens auf die Rente verstrickt.

Angesichts der Auswirkungen des Klimawandels sind nicht alle Menschen gleich. Gerade ältere Menschen gehören zu den am stärksten gefährdeten Gruppen. Anstatt den schwächeren Menschen dabei

zu helfen, sich an die aktuelle Klimakrise anzupassen, wird die Reform sie noch mehr gefährden und ihre Fähigkeit, mit der Krise umzugehen, weiter einschränken. [[notreaffaireatous](#)]

### 3. Diese Reform fördert die kapitalgedeckte Altersvorsorge.

Durch die Schwächung der künftigen Renten wird diese Reform die Reichsten dazu ermutigen, individuelle Zusatzrenten aufzubauen, um ihre Renten aus der umlagefinanzierten Rente zu ergänzen. Diese Art der kapitalgedeckten Altersvorsorge erfolgt hauptsächlich durch Immobilien- oder Finanzanlagen, die sehr oft bei großen multinationalen Banken oder privaten Pensionskassen getätigt werden, die massiv die fossile Energieindustrie und die umweltschädlichsten Projekte auf der ganzen Welt finanzieren. [[Amis de la terre](#)]

Anstatt es also weiter zu zerschlagen, ist es zwingend notwendig, das Rentensystem zu konsolidieren, um den Rückgriff auf private Ansparverfahren und die Finanzierung fossiler Energien einzuschränken.

Für den Fall, dass der Wille der Regierung darin besteht, Einsparungen vorzunehmen, um die Stärkung unserer Widerstandskraft und Anpassungsfähigkeit gegenüber ökologischen Krisen zu finanzieren, hat der Bürgerkonvent für das Klima (convention citoyenne pour le climat) bereits starke Maßnahmen für soziale Gerechtigkeit [vorgeschlagen](#) (Einführung von Steuern auf bestimmte umweltschädliche Produkte, [hier](#) und [hier](#), oder eine ihren Gewinnen entsprechende [Beteiligung](#) der Unternehmen an den kollektiven Anstrengungen), um zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen.

**Aus all diesen Gründen lehnen wir diese Reform entschieden ab und fordern, dass sie ohne Zugeständnisse schlicht und einfach abgeschafft wird. Gehen wir alle gegen diese ungerechte und klimaschädliche Reform auf die Straße!**

Weitere klimapolitische Argumente gegen diese Reform können Sie auch in zwei Texten nachlesen, die auf Reporterre veröffentlicht wurden ([hier](#) und [hier](#)).

<https://alternatiba.eu/top-3-des-raisons-ecolos-de-se-mobiliser-contre-la-reforme-des-retraites/>

## Sophie Binet, CGT

# "Diese Reform instrumentalisiert die Sache der Frauen"

Seit der Vorstellung ihres Rentenreformprojekts behauptet die Regierung, dass es für Frauen von großem Nutzen wäre. Sophie Binet, eine führende Vertreterin des Gewerkschaftsbundes CGT und Leiterin des Kollektivs Femmes-Mixité innerhalb des Gewerkschaftsbundes, weist diese Argumentation Punkt für Punkt zurück.

Pierre Jequier-Zalc – 18. Januar 2023

<https://www.politis.fr/articles/2023/01/retraites-cette-reforme-instrumentalise-la-cause-des-femmes/>

Die Frauen. Bei der Pressekonferenz zur Vorstellung der geplanten Rentenreform am 10. Januar 2023 posierte Elisabeth Borne diese Worte viermal aus. Immer mit demselben Ziel: die Idee zu propagieren, dass ihr Projekt den Frauen zugute kommen wird, die im Durchschnitt immer noch weitaus niedrigere Renten als Männer beziehen. Für Politis dekonstruiert Sophie Binet diese Argumentation und zeigt Wege auf, wie eine – diesmal wirklich – feministische Rentenreform aussehen könnte.

*Heute sind die Rentenunterschiede zwischen Frauen und Männern immer noch sehr groß: 40 Prozent bei den eigenen Renten und 28 Prozent, wenn man die Witwen- und Witwerrenten mit einbezieht. Wie lässt sich ein solches Gefälle erklären?*

Es ist das Ergebnis eines Zusammenwirkens mehrerer Faktoren. Dazu zählt natürlich die Lohnungleichheit. Die Berechnung des Rentenbetrags erfolgt auf der Grundlage der Beitragsdauer und des eingezahlten Betrags. Frauen zahlen jedoch einen geringeren Betrag ein als Männer, da sie im Durchschnitt 28 Prozent weniger verdienen.

Ihre Erwerbstätigkeitszeiten sind auch kürzer, weshalb sich die Rentenreform der Regierung negativ auf sie auswirken wird. Denn alle Reformen, die auf eine Verlängerung der Arbeitszeiten hinauslaufen, benachteiligen Frauen, da sie häufiger unvollständige Erwerbstätigkeitszeiten haben. Heute gehen 40 Prozent der Frauen mit einer zu geringen Beitragszeit in den Ruhestand.

*Die Regierung versichert, dass sich diese Kluft verringern wird, insbesondere dank der Erhöhung des Mindestrents um 100 Euro ...*

Diese Erhöhung wird nur einen winzigen Teil des Problems lösen. Es sei daran erinnert, dass die Erhöhung des Mindestbeitrags seit 2003 gesetzlich vorge-

sehen ist ... ohne umgesetzt worden zu sein. Ich möchte hinzufügen, dass 1200 Euro brutto nur 100 Euro über der Armutsgrenze liegen. Dieser Betrag ist an eine vollständige Erwerbstätigkeitszeit gekoppelt. Und von den Rentnern, die weniger als 1000 Euro Rente beziehen, erfüllen 83 Prozent diese Bedingungen nicht, vor allem Frauen. Der Nutzen dieser Maßnahme ist für die Rentner\*innen also marginal.

*Gehen deshalb viele Frauen erst mit 67 Jahren und dem Alter, in dem der Abschlag aufgehoben wird, in Rente?*

Genau. Dies ist bei 20 Prozent der Frauen der Fall. Das ist das Schlimme am Diskurs der Regierung: Man sollte sich darüber freuen, dass Frauen mit 67 Jahren in Rente gehen. Elisabeth Borne sagt uns hinter vorgehaltener Hand, dass die Regierung dieses Alter auf 69 oder 70 Jahre hätte verschieben können ... Toll, und warum nicht 80 Jahre?

Es ist ein Rückschritt, dass heute 20 Prozent der Frauen gezwungen sind, bis 67 zu arbeiten, weil sie keine vollständige Erwerbstätigkeitszeit vorweisen können. Die Zahl der Frauen, die bis 67 warten müssen, wird sogar noch steigen, da auch die Zahl der geforderten Beitragsjahre schneller steigt als erwartet. Das ist nicht einmal ein Status quo, sondern eine Verschlechterung.

*Élisabeth Borne hat angekündigt, dass Elternzeit künftig bei Anrechnungszeiten berücksichtigt wird. Ist das nicht ein sozialer Fortschritt?*

Das bedeutet in Wahrheit: „Ich gebe mit der einen Hand, was ich mit der anderen wieder nehme.“ Elternzeit wird mit bis zu vier Quartalen, also einem Jahr, als Anrechnungszeit berücksichtigt. Das ist aber genau das, was die neue Regelung an geforderter Zeit hinzufügt. Darüber hinaus wird das gesetzliche Rentenalter für diese Regelung um zwei Jahre angeho-

ben. Nein, das ist wirklich kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt für lange Erwerbstätigkeitszeiten.

*Auf ihrer Pressekonferenz betonte die Premierministerin mehrmals, dass die geplante Rentenreform der Regierung für Frauen von Vorteil sein würde. Wie haben Sie diese Argumentation aufgenommen?*

Das ist eine Instrumentalisierung der Sache der Frauen. Da die feministischen Kämpfe große Fortschritte erzielt haben – und das ist gut so –, gibt es eine zunehmende Tendenz zum „Feminismus-Washing“, bei dem man glauben machen will, dass Maßnahmen, die entweder neutral oder schädlich für Frauen sind, in Wirklichkeit für sie vorteilhaft sind. Das ist nicht neu.

Bereits bei der vorangegangenen Rentenreform 2019 war Édouard Philippe auf sehr provokante Weise so vorgegangen: Er hatte erklärt, dass Frauen die großen Gewinnerinnen seiner Reform sein würden – was völlig falsch war und damals gründlich widerlegt wurde.

Diese Provokation war ein weiterer Motor für die Mobilisierung gewesen. Sie hatte die Rosies-Bewegung sowie den feministischen Streik am 8. März 2020 ausgelöst, der als „Mobilisierung der großen Gewinnerinnen“ bezeichnet wurde, um die Regierung bei ihrem eigenen Spiel zu erwischen. Dies hatte der Mobilisierung eine sehr feministische Dimension verliehen.

*Sind Frauen die großen Verliererinnen dieser Reform?*

Es geht nicht darum, einen Wettbewerb der am stärksten Benachteiligten zu veranstalten, sondern zu sagen, dass diese Reform die Ungleichheiten in keiner Weise korrigiert, weder bei den Löhnen noch bei den Renten. Und dass sie die Situation der Frauen verschlechtern wird. Die Zahlen sind eindeutig: Von den 1950 geborenen Rentnerinnen und Rentnern war ein Drittel im Jahr vor ihrer Rente nicht mehr erwerbstätig – das gilt für 37 Prozent der Frauen und 28 Prozent der Männer.

Zwischen 55 und 65 Jahren erlebt man häufig, dass die Eltern pflegebedürftig werden, und man braucht Zeit, um sich um sie zu kümmern. Frauen, denen diese Aufgabe am häufigsten zufällt, wissen, dass sie, wenn sie nicht in Rente gehen, gezwungen sind, ihre Erwerbstätigkeit einzuschränken, um damit fertig zu werden.

*Um dies zu korrigieren, hat die Regierung die Einführung eines „Seniorenindex“ nach dem Vorbild des 2018 eingeführten Index für berufliche Gleichstellung angekündigt, der die Unternehmen dazu verpflichtet, diesen Indikator für das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern in ihren Reihen zu veröffentlichen. Kann man mit einigen Jahren Abstand sagen, dass dieses Instrument wirksam ist?*

Die Bilanz des Index für berufliche Gleichstellung ist katastrophal. Er hat keine Veränderung des Lohngefälles bewirkt, das immer noch bei 28 Prozent liegt. Dieser Indikator wurde maßgeschneidert, damit die Unternehmen fast vollständig den Sanktionen entgehen: 92 Prozent von ihnen weisen mehr als 75 von 100 Punkten auf. Ich möchte noch hinzufügen, dass die Problematik der älteren Beschäftigten mit der Problematik der besonderen Belastungen am Arbeitsplatz verwoben ist ...

*Die Regierung hat angekündigt, dass sie bei einigen Kriterien für die besonderen Belastungen am Arbeitsplatz, die 2017 mit dem Amtsantritt von Emmanuel Macron zurückgenommen wurden, einige Änderungen vornehmen wird. Geht dies in die richtige Richtung?*

Das ist sehr unklar. Keines der 2017 herausgenommenen Kriterien (anstrengende Körperhaltungen, Tragen schwerer Lasten, mechanische Vibrationen und chemische Risiken) wurde wieder in das persönliche Präventionskonto (C2P) aufgenommen. Für einige dieser Kriterien wird auf Branchenverhandlungen verwiesen. In seiner jetzigen Form ändert das Gesetz jedoch nichts an den vier Kriterien, die damals herausgenommen wurden, und nur die sehr hohen Gefährdungen werden berücksichtigt. Das Ergebnis: Das C2P kommt nur sehr wenigen Personen zugute, in Höhe von nur einigen Tausend Frühverrentungen. Und nur 25 Prozent der Begünstigten sind Frauen.

*Was ist Ihrer Meinung nach der Grund dafür?*

Die gewählten Kriterien diskriminieren Frauen indirekt, da sie einen Teil der Belastungen in frauendominierten Berufen verschweigen, wie zum Beispiel das häufige Tragen schwerer Lasten. Die mit der Arbeit mit Menschen verbundene Belastung wird heruntergespielt: Wenn es darum geht, Menschen zu tragen oder ständig im Lärm von Kindern zu arbeiten, wer-

den diese Belastungsfaktoren nicht im selben Maß berücksichtigt wie das Tragen von Materialien oder der Lärm von Maschinen.

Ein Teil der Belastungen in frauendominierten Berufen entfällt im Übrigen auf emotionale Belastungen. Frauenberufe haben sehr häufig mit Menschen zu tun, mit Menschen, die leiden, zum Beispiel im Bereich der Pflege und der Betreuung. Eine Krankenschwester hat eine um sieben Jahre geringere Lebenserwartung als der Rest der Frauen.

Seit etwa zehn Jahren ist ein relativer Rückgang der Arbeitsunfälle im Industriesektor zu verzeichnen, weil die Kämpfe es ermöglicht haben, die Prävention gegen Belastungen in diesen Sektoren teilweise zu verbessern. Im Gegensatz dazu explodieren die Arbeitsunfälle in den feminisierten Sektoren, insbesondere in den personenbezogenen Dienstleistungen. Und diese Explosion bleibt völlig außerhalb des Radars.

*Welche wirksamen Maßnahmen würden es Ihrer Meinung nach ermöglichen, die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern im Hinblick auf die Rente tatsächlich zu verringern?*

Das erste Ziel, die Grundlage von allem, ist die Lohngleichheit. Die berufliche Gleichstellung würde die Ungleichheit bei der Rente verringern. Ein weiterer Vorteil ist, dass dadurch etwa 40 Jahre lang jährlich etwa sechs Milliarden Euro an zusätzlichen Rentenbeiträgen gezahlt würden. Das ist genau der Zeitraum, für den uns die Regierung eine finanzielle Katastrophe ankündigt. Lohngleichheit herzustellen ist einfach: Man muss nur die Unternehmen bestrafen, die diskriminieren.

Das zweite Ziel ist die Bekämpfung von Teilzeitarbeit. 2014 wurde ein Gesetz verabschiedet, das Teilzeitarbeit mit weniger als 24 Stunden verbietet, aber es ist aufgrund der vielen Ausnahmeregelungen überhaupt nicht wirksam. Es muss ein abschreckendes System von Zusatzbeiträgen für alle Teilzeitbeschäftigungen eingeführt werden, das Geld in die Kassen spült und den Frauen auf diesen Stellen den Zugang zu sozialen Rechten (Arbeitslosengeld, Rente ...) auf Vollzeitbasis ermöglicht.

Außerdem müssen Frauenberufe, die bei gleichwertiger Qualifikation schlechter bezahlt werden, aufgewertet werden. Um dies zu erreichen, ist die öffentliche Hand nicht hilflos: Viele dieser Arbeitsplätze be-

finden sich in ihrem Bereich, ein Großteil im öffentlichen Dienst, ein anderer in der Privatwirtschaft, aber mit Unternehmen – zum Beispiel privaten Pflegeheimen –, die mit öffentlichen Geldern finanziert werden. Der Staat verfügt über direkte Handlungshebel. Es ist falsch zu sagen, dass der Staat nichts tun kann und dass es allein Sache der sozialen Akteure ist, die Frage zu regeln.

*Was ist mit der Frage der Zeit und der Arbeitszeit?*

Die Zeit von Frauen ist nicht die gleiche wie die Zeit von Männern. Frauen übernehmen immer noch 80 Prozent der Hausarbeit, und das spielt auf allen Ebenen eine Rolle: bei Teilzeitarbeit ebenso wie bei Unterbrechungen der beruflichen Laufbahn, um ein Kind zu bekommen oder sich um eine pflegebedürftige ältere Person zu kümmern. Wir sagen, dass eine feministische Politik nicht darin besteht, die berufliche Laufbahn von Frauen an die von Männern anzugleichen. Schon jetzt ist die erforderliche Erwerbstätigkeitsdauer für Letztere manchmal unerreichbar: 32 Prozent gehen mit einer unvollständigen Erwerbstätigkeitsdauer in den Ruhestand!

Der Horizont kann also nicht die Verlängerung der Arbeitszeit sein, sondern im Gegenteil deren Verkürzung, die Frauen den Zugang zu einer Vollzeitstelle erleichtern und Männern mehr Zeit geben würde, sich um ihre Kinder und ihre Familie zu kümmern. Die letzte große feministische Reform des Arbeitsrechts war die 35-Stunden-Woche – auch wenn sich die häusliche Arbeitsteilung dadurch nicht wesentlich verbessert hat.

Dazu bedarf es gesellschaftlicher Reformen und einer Vergesellschaftung dieser Aufgaben. In der CGT setzen wir uns dafür ein, mit der 32-Stunden-Woche einen Schritt weiterzugehen. Darüber hinaus müssten die Mindestrenten angehoben werden. Derzeit erhalten 37 Prozent der Rentnerinnen und 15 Prozent der Rentner weniger als 900 Euro Nettorente.

*Anfang Januar ergab eine Ifop-Umfrage für Politis, dass Frauen weitaus häufiger (um 14 Punkte) als Männer eine Rückkehr zum Rentenalter 60 befürworten. Wie erklären Sie sich das?*

Das überrascht mich überhaupt nicht, denn Frauen sind ab 55 Jahren sehr herausgefordert, sich um pflegebedürftige ältere Menschen und Enkelkinder zu kümmern. Man muss aufhören zu sagen, dass Rent-

ner\*innen Kosten für unsere Gesellschaft verursachen. 40 Prozent der Kinder unter drei Jahren werden weder von einer Kindertagesstätte noch von einer Tagesmutter betreut. Diese Kinder werden sehr oft von den Großmüttern betreut. Das wird sich wahrscheinlich auch beim Streik am Donnerstag zeigen: Da viele Schulen geschlossen sein werden, müssen die Großeltern arbeiten.

*In der Umfrage wurde auch festgestellt, dass Frauen viel entschlossener als Männer sind, sich dieser Reform zu widersetzen. Kann man mit einer eher weiblichen sozialen Bewegung rechnen, wenn auch die Vertretungen dieser Art der Mobilisierung immer noch eher männlich geprägt sind?*

1995 interagierte die Bewegung gegen den Juppé-Plan mit der sehr starken Mobilisierung am für den Tag gegen sexistische und sexuelle Gewalt am 25. November 1995. Im Jahr 2010 war es das erste Mal, dass feministische Argumente im Rahmen einer Mobilisierung gegen die Renten so offen zutage traten. 2019, gegen die Reform von Édouard Philippe, geht man einen Schritt weiter mit den Rosies und der Demonstration am 8. März 2020, dem letzte Aktionstag, bevor die Regierung ihre Reform aufgibt. Es ist deutlich zu erkennen, dass diese feministischen Belange in den sozialen Bewegungen immer mehr integriert, sichtbar und aufgegriffen werden.

Die Tatsache, dass Frauen gegen eine Erhöhung des Renteneintrittsalters sind, ist nicht neu. Die Frage ist also nicht, ob sie präsent sind, sondern ob sie innerhalb der Mobilisierung sichtbar sind. Die am stärksten organisierten Bereiche mit einem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad sind größtenteils männerdominierte Bereiche. Umgekehrt wirkt sich die Tatsache, dass 30 Prozent der Frauen in Teilzeit arbeiten, auch auf ihre Mobilisierungsmöglichkeiten aus.

## 8. März 2023: Frauenstreik

<https://www.grevefeministe.fr/>

**Aufruf von vielen Frauenorganisationen und u. a. von Attac Frankreich, CGT, FSU, Solidaires**

Eine weitere Schwierigkeit besteht in einer einschränkenden Sicht auf den Streik, die meiner Meinung nach falsch ist, da sie eine Form des Stellvertreterstreiks nährt, der nur dann wirksam wäre, wenn er das Produktionssystem blockiert. Da sich die Frauen eher auf den Dienstleistungssektor konzentrieren, werden sie die Auswirkungen ihres Streiks manchmal minimieren wollen.

Ein letzter Punkt erschwert ihre Mobilisierung. Da Frauenberufe einen sehr starken sozialen Zweck erfüllen, ist eine Art von Schuldgefühl zu beobachten, wenn sie streiken. Und das ist real! Wenn man einen Tag lang nicht arbeitet, wer kümmert sich dann um die Menschen, für die man verantwortlich ist? Eine Produktionslinie anzuhalten, bringt niemanden um. Die Betreuung von Kindern, Menschen in sozialen Schwierigkeiten oder älteren Menschen einzustellen, kann schwerwiegende Folgen haben. Es gibt also eine sehr starke Bremse aufgrund der Bedeutung ihres Berufs und ihrer Aufgabe.

*Nach dem Treffen der Gewerkschaften zur Ankündigung des ersten Mobilisierungstages waren auf dem Foto der verschiedenen Gewerkschaftsvertretungen fast ausschließlich Männer zu sehen. Ist das nicht problematisch für die Sichtbarkeit von Frauen in sozialen Kämpfen?*

Man darf die Bedeutung der Identifikation nicht herunterspielen. Deshalb ist die inklusive Schreibweise keine Spielerei, deshalb ist die Präsenz von Frauen in den Führungsetagen der Gewerkschaften nicht nur eine Frage des Images. Wenn man, wie die CGT, eine Klassen- und Massengewerkschaft sein will, die den Kampf der Arbeiterklasse gegen das Kapital organisiert, muss man in der Lage sein, Frauen und Männer gleichermaßen zu organisieren, und ihnen daher den vollen Platz in der Organisation einräumen.

Die Geschlechterfrage ist zentral, sonst werden die Frauen – die Hälfte der Bevölkerung – die Vergessenen bleiben.



# Attac Frankreich

## Die Scheinheiligkeit der RN angesichts der Rentenreform

Freitag, 10. Februar 2023

Seit mehreren Jahren gibt sich die Rassemblement National (RN) einen sozialen Anstrich, um ihr wahres Gesicht zu verbergen. Die Debatte um die Rentenreform zeugt davon: Um die Wählerschaft zu verführen, behauptet die RN, gegen diese Reform zu sein, ohne jedoch wirklich eine klare Argumentation oder quantifizierte Maßnahmen vorzubringen.

Schlimmer noch: Wenn man die Beiträge der Abgeordneten oder Sprecher der RN entschlüsselt, stellt man schnell fest, dass sie immer die gleichen Scheinargumente verwenden und die gleiche Obsession für die Ausgrenzung von Ausländern zum Ausdruck bringen.

### **„Rente mit 60 ... nun, das hängt davon ab.“**

Bei den Präsidentschaftswahlen 2022 [1] trat die Kandidatin der RN lange Zeit für eine Rückkehr zur Rente mit 60 Jahren und 40 Beitragsjahren für eine Vollrente ein, bevor sie eine Kehrtwende vollzog und schließlich für ein progressives Renteneintrittsalter plädierte. Demnach könnten nur Personen, die vor dem 20. Lebensjahr zu arbeiten angefangen haben und 40 Jahre lang eingezahlt haben, mit 60 Jahren in Rente gehen. Eine Person, die erst mit 25 oder mehr Jahren zu arbeiten begonnen hat, könnte erst mit 67 Jahren in Rente gehen.

Das von der RN befürwortete Rentensystem auf der Grundlage der Altersprogression nähert sich somit sehr stark dem progressiven System an, das derzeit von der Regierung befürwortet wird. Darüber hinaus schließt die RN keine Härtefallregelung ein, die einen früheren Renteneintritt bei belastenden Berufen ermöglicht, was in Sache Gesundheit einen schweren Rückschritt für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer darstellt.

**Die Verteidigung des Renteneintrittsalters 60 durch die RN hatte demnach nur einen Ansageeffekt.**

### **„Um das Rentensystem stabil zu halten, die Geburtenrate steigern.“**

In einer Talkshow auf BFM TV enthüllte Jordan Bardella, Vorsitzender der RN, seinen Plan zur "Rettung" des umlagefinanzierten Rentensystems: die Steigerung der Geburtenrate in Frankreich. "Frankreich war noch nie so bevölkerungsreich, aber es hat noch nie so wenige Babys gemacht". Die Geburtenpolitik war schon immer das Schlachttross der rechtsextremen Partei, die von der "Migrationsinvasion" besessen ist und darin besteht, die Geburten in "französischen" Familien zu fördern, indem sie die finanziellen Anreize, mehr Kinder zuzeugen, erheblich erhöht. "Die Wahl besteht zwischen Einwanderung und Geburtenrate, ich bekenne mich ganz klar zur Geburtenrate, zum Fortbestand der Nation und zur Weitergabe unserer Zivilisation durch unser Familienmodell" (Marine Le Pen, Präsidentschaftswahlen 2022).

Nun erfahren wir aus dem COR-Bericht [2], dass der Anteil der Rentenausgaben am BIP trotz der demografischen Alterung bis 2070 stabil bleiben oder sinken wird, und dass das Verhältnis zwischen der Anzahl der Erwerbstätigen und der Anzahl der Rentner bis 2040 leicht von 1,7 auf 1,5 sinken wird. Die Arbeitslosenquote in Frankreich (über 7 Prozent) ist derzeit eine der höchsten in Europa (nach Spanien, Griechenland und Italien); außerdem würden sehr viele Frauen nach der Geburt eines Kindes gerne erwerbstätig bleiben, sind aber gezwungen, sich aus dem Erwerbsleben zurückzuziehen, weil es keine Betreuungsmöglichkeiten für das Kind gibt. Eine Erhöhung der Zahl der Erwerbstätigen ist möglich, indem man zunächst Kinderkrippen einrichtet und die Arbeitslosigkeit als erstes bekämpft.

Die Frage der Geburtenrate ist nur eine Scheindebatte. Sie ist vielmehr ein Argument, mit dem sie die Rechte der Frauen auf Beschäftigung und das Recht auf Abtreibung in Frage stellen können.

**- Der Diskurs des RN, der die Geburtenrate als Mittel zur "Rettung der Renten" anführt, ist verlogen. Er baut Veraltetes wieder auf und wird in der Bessessenheit der extremen Rechten gegen Einwanderung vollzogen.**

**Er ist eine Bedrohung für die Rechte der Frauen und mit der Forderung nach Gleichheit zwischen Frauen und Männern unvereinbar.**

### **„Wir müssen Frankreich nur reindustrialisieren...“**

Als weiteres Mittel gegen das angebliche Defizit des Rentensystems leiert die RN ihren alten Refrain vom "wirtschaftlichen Patriotismus" und einer "ehrgeizigen Reindustrialisierung Frankreichs" herunter. Diese stellen jedoch keineswegs einen Bruch mit der aktuellen neoliberalen Politik dar, sondern erfolgen im Gegenteil weitgehend als deren Verlängerung ohne jeden Vorschlag für eine echte industriepolitische Strategie (welche Aktivitäten, für welche Bedürfnisse?). Während sich die staatlichen Subventionen für Unternehmen derzeit auf 160 Milliarden Euro belaufen - die im Übrigen ihre Ineffizienz bei der Schaffung von Arbeitsplätzen bewiesen haben -, geht es darum, die Unternehmen noch stärker zu subventionieren; angeblich, um sie dazu zu bewegen, in Frankreich zu bleiben. Als ob der Hauptgrund für Standortverlagerungen in der Wahl von Ländern mit niedrigeren Steuern läge und als ob zusätzliche Subventionen zu einer Relokalisierung von im Ausland ansässigen Unternehmen führen würden.

Statt eines Programms zur Bekämpfung des Prekariats und der Armut oder eines Programms für den ökologischen Wandel zieht es die RN vor, "die Produktivität zu unterstützen" und alle mögliche Steuervorteile ohne Gegenleistungen zu gewähren, wie etwa die, "sich langfristig zur Abschaffung (...) der Produktionssteuern zu verpflichten".

In der Nationalversammlung ist die Liste der Stimmen der RN gegen den sozialen Fortschritt und die Umverteilung des Reichtums übrigens lang: Gegen eine Steuer auf Einkommen über 3 Millionen Euro, gegen eine Steuer auf Übergewinne, gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Luxusgüter, gegen die Aufstockung der Mittel zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung, gegen die Wiedereinführung der ISF [Vermögenssteuer], für die Erhöhung der Obergrenze für die Steuerbefreiung von Überstunden, für die Senkung der Produktionssteuern (CVAE)...

**- Der Wirtschaftspatriotismus des RN bedeutet immer mehr für die Reichen und die Großunternehmen und keine neuen Einnahmen für das Rentensystem.**

### **„... und die Löhne aufwerten“**

Ein weiteres Argument, das man von der RN hört, ist die "Aufwertung der Löhne". Natürlich wird die Aufwertung der Löhne von den gewerkschaftlichen und sozialen Bewegungen verfochten. Die RN, die sich

als "Verteidigerin" der breiten Bevölkerungsschichten präsentiert, zögert jedoch nicht, in der Nationalversammlung gegen eine Maßnahme zur Erhöhung des Mindestlohns (SMIC) zu stimmen (Juli 2022). Als die RN hingegen einen Gesetzesvorschlag macht, um Unternehmen zu veranlassen, die Löhne um 10 Prozent zu erhöhen (Januar 2023), beruht dieser ausschließlich auf der Befreiung von Arbeitgeberbeiträgen! Dadurch werden die Einnahmen der Sozialversicherung und der Rentenkassen entsprechend verringert...

**- Die Befreiung von Arbeitgeberbeiträgen widerspricht dem paritätischen Grundsatz des Rentensystems.**

### **„RN mobilisiert gegen die Rentenreform“**

Die RN gibt an, besonders gegen die Rentenreform mobilisiert zu sein, obwohl sie die sozialen Bewegungen stets gegeißelt und ihnen vorgeworfen hat, sie wollten "das Land blockieren". Die RN hat die sozialen Mobilisierungen nie unterstützt und ist auch nicht bei den Demonstrationen im Januar mitmarschiert, bei denen Millionen Menschen auf die Straße gingen.

Die RN sagt, sie kämpfe in der Nationalversammlung gegen die Reform, hat aber nur 75 Änderungsanträge eingereicht und beschuldigte sogar zusammen mit Gérald Darmanin die Abgeordneten der NUPES, aus der Nationalversammlung „ein Bordell zu machen“.

**- Die RN kämpft nicht gegen die Rentenreform, sondern nimmt lieber die sozialen Bewegungen und Ausländer ins Visier.**

In Erwartung der berühmten "Gegenreform" des Rentensystems, die von der RN so oft angekündigt wird, werden wir uns nicht zum Narren halten lassen! Nein, die Rassemblement National hat sich nicht verändert und ist in keiner Weise zu einem Verbündeten der breiten Bevölkerungsschichten und der Beschäftigten in "systemrelevanten Berufen" geworden, die von dieser Reform besonders betroffen sein werden. Sie ist weiterhin überall in Frankreich mit den radikalsten Teilen der extremen Rechten verbündet, die ihre Gewalttaten gegen einen Teil der Bevölkerung fortsetzen.

Anmerkungen

[1] [Attac FR, Juni 2022](#)

[2] <https://www.cor-retraites.fr/sites/default/files/2023-01/SynthProzentC3ProzentA8se.pdf>

Quelle: [attac FR](#)



(aus: Luites invisibles)

## ver.di steht an der Seite der französischen Gewerkschaften

[Pressemitteilung vom 19.01.2023](#)

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) unterstützt die französischen Gewerkschaften in ihrem Kampf gegen eine Erhöhung des Renteneintrittsalters. „Die Pläne der Regierung von Emmanuel Macron sind bedrohlich für die Menschen in Frankreich und dürfen nicht zu einem weiteren schlechten Beispiel für die Lösung angeblicher Probleme mit den Altersrenten in anderen Ländern, vor allem aber auch in Deutschland werden. Deswegen stehen wir an der Seite der französischen Gewerkschaften in ihrem Kampf gegen die Verlängerung der Lebensarbeitszeit“, sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke in Berlin.

In Frankreich haben die Gewerkschaften am heutigen Donnerstag (19. Januar 2023) zu einem landesweiten Protest- und Streiktag aufgerufen, um die Rentenreform zu verhindern. Die Pläne der französischen Regierung sehen unter ande-

rem eine schrittweise Verlängerung der Lebensarbeitszeit um zwei auf 64 Jahre vor. Gleichzeitig soll die Mindestbeitragsdauer zum Bezug einer abschlagsfreien Rente von 41,5 auf 43 Jahre verlängert werden.

Ungeachtet der Unterschiede zwischen den Rentensystemen in Frankreich und Deutschland laufe die politische Diskussion in eine ähnliche Richtung: „Wer die Diskussion um die Anpassung der Altersrenten auf rein demografische Fragen verengt, untergräbt das Umlagesystem, stellt die Sicherheit der Renten in Frage und weicht der überfälligen Verteilungsdebatte aus. Ob in Frankreich oder Deutschland: Die Sicherheit der Alterssicherungssysteme ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der endlich auch die starken Schultern einen angemessenen Beitrag leisten müssen“, betonte Werneke.

# Lebenserwartung in Frankreich

Ende 2022: 79,4 Jahre für die Männer, 85,3 Jahre für die Frauen

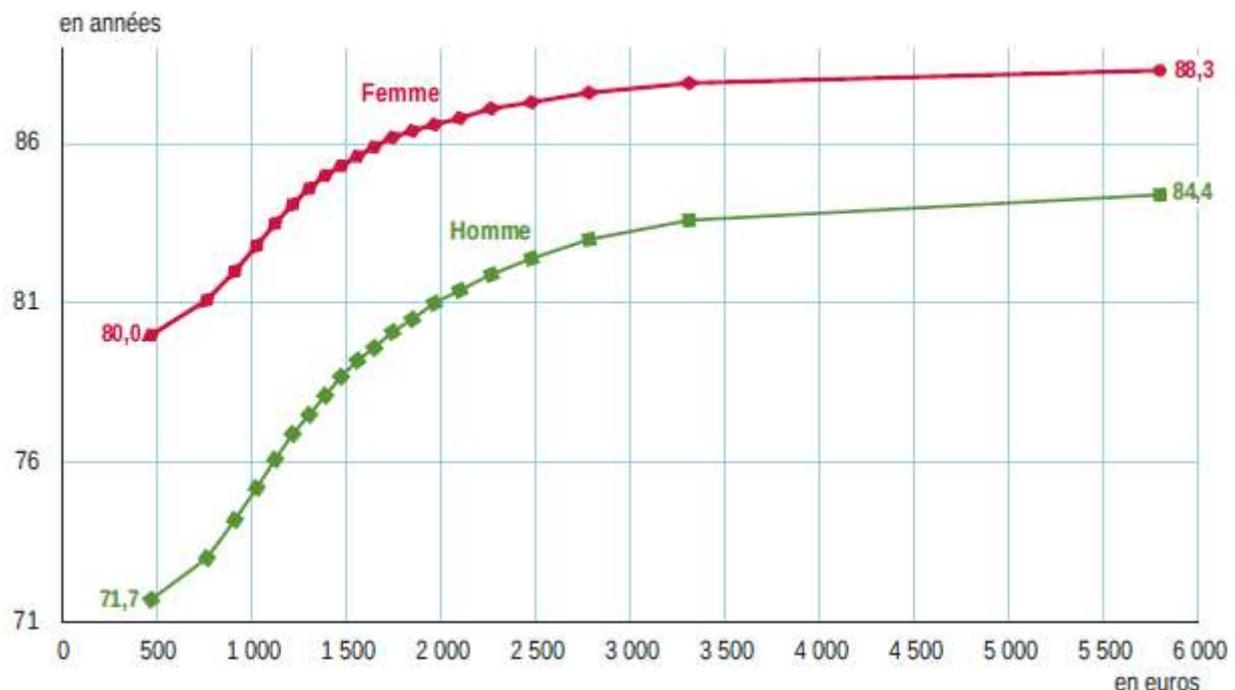
<https://www.ined.fr/fr/tout-savoir-population/chiffres/france/mortalite-cause-deces/esperance-vie/>

„Franzosen leben länger, aber ihre Lebenserwartung bei guter Gesundheit bleibt stabil:

Im Jahr 2016 betrug die Lebenserwartung bei guter Gesundheit, d. h. die Anzahl der Jahre, die eine Person voraussichtlich ohne Behinderung bei den Gesten des täglichen Lebens leben kann, in Frankreich **64,1 Jahre für Frauen und 62,7 Jahre für Männer**. Sie ist in den letzten zehn Jahren stabil geblieben.“

<https://drees.solidarites-sante.gouv.fr/publications/etudes-et-resultats/les-francais-vivent-plus-longtemps-mais-leur-esperance-de-vie-en>

„Die wohlhabendsten Männer leben im Durchschnitt 13 Jahre länger als die einkommenschwächsten. Bei Frauen ist dieser Unterschied geringer: Die Lebenserwartung bei der Geburt beträgt bei den wohlhabendsten 5 % der Frauen 88,3 Jahre, während sie bei den bescheidensten 5 % 80,0 Jahre beträgt, was einem **Unterschied von 8 Jahren** entspricht.“ (INSEE)



<https://www.insee.fr/fr/statistiques/3319895>

## Weitere Dokumente

Artikel in deutscher Sprache,  
Seiten der AG Europa zu Frankreich,  
frühere Veröffentlichungen in „Sand im Getriebe“ u. a.

### 1. Artikel

[Dossier bei Labournet](#)

viele Informationen und einzelne Übersetzungen

Junge Welt [20.1.2023](#)

Neues Deutschland

Peter Steiniger zur Protestwelle gegen  
Rentenpläne in Frankreich – [20.1.2023](#)

Hinweis auf die [TAZ](#) am **17.2.2023** „Die französische Regierung will erreichen, dass Franzosen länger arbeiten, um ein Defizit in der Rentenkasse zu verhindern. Zudem soll die Mindestrente bei voller Beitragszeit auf 1.200 Euro angehoben werden. In Frankreich scheiden Menschen laut OECD im Schnitt mit 60 Jahren aus dem Arbeitsmarkt aus, die Lebenserwartung beträgt 80 Jahre.“

... *Damit hat die TAZ den Diskurs von Macron übernommen (MDV).*

### 2. Seiten der AG Europa

<https://www.attac-netzwerk.de/arbeitsgruppen/pg-europa/europaeische-laender/frankreich>

Ältere Berichte:

1. [Zur Corona-Pandemie - "Nie Wieder! den Tag danach vorbereiten!"](#)
2. [diverse soziale Kämpfe Anfang 2020](#)
3. [Streiks und Demonstrationen gegen die Rentenreform](#)
4. [Gelbwesten-Bewegung](#)
5. [Frankreich ist in Aufruhr](#)
6. [Frühere Artikel](#)

### 3. „Sand im Getriebe“ u. a.

Mehrere Artikel in „Sand im Getriebe“ über die Auseinandersetzungen in Frankreich um die damalige Rentenreform

Newsletter von "Sand im Getriebe" [Nr. 135](#)(19.1.2020) , [Nr. 136](#)(2.4.2020) , [Nr. 137](#) (19.7.2020)

Auszüge aus dem **Wahlprogramm von NUPES** und mehr in [Sand im Getriebe 145](#)

[Stellungnahmen von Gewerkschaften nach der Wahl von Macron](#)

**Attac Frankreich:**

[Erklärung nach den Wahlen](#) (1.7.22), eine Erweiterung der in [SiG 145](#) übersetzten Erklärung vom 23.6.22.

**Attac Frankreich: [gegen den autoritären Neoliberalismus und den Neofaschismus](#), 8.1.2022**

**Zum Rechtsextremismus und zu den autoritären Entgleisungen:** Dossier in [Les Possibles](#) (vom wissenschaftlichen Beirat von Attac Frankreich), Frühjahr 2022

### 4. Weitere Analysen

PPP- [Vortrag](#) „Starke Bewegungen und breite Bündnisse in Frankreich“ (2021)

Einige Texte von [Willi Hajek](#) über Frankreich